

Neue Formen und Formate der politischen Erwachsenenbildung

Thomas Krüger

Zusammenfassung

Angebote der politischen Bildung dürfen nicht mit dem Ende der Schulzeit aus dem Sichtfeld verschwinden, sondern müssen mündigen Bürgerinnen und Bürgern ihr Leben lang zur Verfügung stehen. Daher ist die politische Erwachsenenbildung in diesem Sinne ganz im Kontext des „lebenslangen Lernens“ zu verorten. Der Beitrag nimmt als Plädoyer anhand vier zentraler Aspekte neue Trends und Herausforderungen der politischen Bildung in den Blick.

1. Einleitung

„Ich glaube, dass Bildung unter unseren Verhältnissen deshalb eine existentielle Notwendigkeit hat, weil Demokratie die einzige Staatsform ist, die gelernt werden muss.“ (Negt 2004, 197)

Anknüpfend an dieses Zitat von Oskar Negt möchte der Autor als Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) auf den folgenden Seiten ein Plädoyer für die politische Bildung aussprechen und gleichzeitig betonen, wie wichtig in diesem Sinne politische Erwachsenenbildung im Kontext des „lebenslangen Lernens“ ist. Ein Zusatz ist Oskar Negt aber noch hinzu zufügen: Demokratie muss gelernt werden – und immer und immer wieder aufs Neue erprobt und vermittelt werden. Bildungsangebote dürfen nicht mit dem Ende der Schulzeit plötzlich versiegen, sondern müssen mündigen Bürgerinnen und Bürgern ihr Leben lang zur Verfügung stehen. Das Vertrauen in die deutschen Institutionen, in gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter und die Demokratie als Staatsform ist keine Selbstverständlichkeit. Immer wieder erfahren politisch Bildende und Praktikerinnen und Praktiker in ihrer Arbeit, aber auch in ihrem persönlichen Bekanntenkreis, dass Menschen sich „vom Staat“, von „den Medien“ oder auch „den Behörden“ alleine gelassen oder nicht gehört fühlen. Was „die da oben“ entscheiden, worüber sie diskutieren und was auf ihrer täglichen Agenda steht, hat oft wenig Bezug zur konkreten Lebenswelt vieler Bürgerinnen und Bürger. Zu abstrakt muten Prozessgänge und Verfahren an, zu

wenig transparent und verständlich werden Entscheidungen öffentlich gemacht. Bildung, besonders politische Bildung, ist hier der Schlüssel zur Teilhabe. Sie soll in erster Linie Vertrauen schaffen. Vertrauen in die Demokratie, in das eigene Wissen und Verständnis über Abläufe und Strukturen und das nötige Selbstvertrauen, selber zu handelnden Akteuren zu werden. „Positiver Legitimitätsglaube“ soll dabei nicht nur als bloße Akzeptanz verstanden werden, sondern betont die menschliche „Innenseite“ der demokratischen Institutionen. Ein solcher Zugriff richtet den Blick von der Einrichtung der harten institutionellen und organisatorischen Fakten auf die „weichen Faktoren“, interessiert sich für Einstellungsmuster, Verhaltensformen, Werte, Kultur und Lebenswelt der Menschen, für das mentale, zivilisatorische und psychosoziale Gewebe einer Gesellschaft.

Mit Hilfe von vier zentralen Aspekten sollen im folgenden neue Trends und Herausforderungen der politischen Bildung, mit denen politisch Bildende täglich konfrontiert werden, deutlich gemacht und gleichzeitig Praktikerinnen und Praktiker ermutigt werden kreative, moderne Formate für ihre Bildungsarbeit zu wählen. Damit kann es gelingen Zielgruppen anzusprechen, die bisher nicht die ureigenen Debatten verfolgen und in den mitunter komplexen Diskursen der politischen Bildung heimisch sind.

2. Herausforderungen einer neuen, komplexen Zeit

„Die Moderne hat Verhältnisse geschaffen, deren Unübersichtlichkeit die demokratische Praxis global vernetzter Gesellschaften zunehmend überfordern.“ (Becker 2019) Bei der von Thomas Becker in seinem Gastkommentar in der Neuen Zürcher beschriebenen Zunahme an Komplexität in der heutigen Gesellschaft geht es nicht zwingend um eine Veränderung des Status Quo: Auch früher schon waren die Zusammenhänge kompliziert, es geht vielmehr um die Sichtbarkeit dieser vielschichtigen und verwirrenden Verknüpfungen. Abgrenzungsmechanismen gegenüber „den Anderen“ sind eine unschöne Folge dieser Überforderung und einer – häufig subjektiven – Wahrnehmung übervorteilt zu werden. Hinzu kommt eine zunehmende öffentliche Diskursverschiebung in die digitale Sphäre. Die damit einhergehenden Gefahren und Risiken für die demokratische Diskursrationalität, die sich aus der Debattenkultur in den Echoräumen der sozialen Netzwerke ergeben, sprechen für sich (vgl. Stöcker 2019, bes. 116 f.). Die Gesellschaft hat es abseits der Verrohung des netzöffentlichen Diskurses nicht erst seit gestern mit durch Algorithmen gesteuerten Programmen zu tun, die beispielsweise Facebook-Nutzerinnen und -Nutzern ihren eigenen Meinungskanon spiegeln, aber keine Gegenargumente mehr zulassen. Ein echter Transfer der Argumente – und seien diese noch so kontrovers – findet kaum noch statt. Gefährlich wird es vor allem, wenn Hass im Netz sich in manifeste Gewalt gegen Schwächere niederschlägt.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen bei großen Teilen der Öffentlichkeit sinkt. Gewalt gegenüber Beschäftigten und Einrichtungen des öffentlichen Raums, Fake News, Lügenpresse, „Staatsversagen“ sind nur einige der Schlagworte. Diese Äußerungen und Taten sind Gift für unsere Gesell-

schaft und politisch Bildende müssen hier den Anspruch haben, nicht nur für Aufklärung zu sorgen, sondern auch ein positives Bild gegenüber Menschenrechten, Demokratie und Zivilgesellschaft zu entwerfen.

Mit der gesteigerten Komplexität der Gesellschaft und des öffentlichen Diskurses finden neue Aspekte Eingang in die Konzepte politischer Bildung. Eines davon sind die Emotionen. Jahrzehntelang haben die politisch Bildenden in Deutschland versucht, einen möglichst großen Bogen um dieses „heiße Eisen“ zu machen. Dabei ist die Erkenntnis, dass Gefühle und Empfindungen ganz entscheidenden Einfluss auf das politische Denken und Handeln haben – nicht nur bei Wahlentscheidungen – wahrlich nicht neu. Politik ist menschlich und wird immer von Menschen betrieben werden. Umso erstaunlicher ist es, dass sich vor allem die staatliche politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland lange einer beinahe bedingungslosen Rationalität verpflichtet sah. Dies führt, vor allem historisch bedingt, aus einer durchaus berechtigten Sorge, als Instrument der Propaganda missverstanden zu werden. Eine Manifestation dieser Einstellung ist zum Beispiel im Überwältigungsverbot des Beutelsbacher Konsens von 1976 erkennbar, dem zwar nie unumstrittenen, doch nach wie vor zentralen Leitbild politischer Bildung in Deutschland (vgl. Wehling 1977, 179 f.). Doch heißt Emotionen im politischen Bildungsprozess zuzulassen auch gleich Überwältigung der Lernenden?

Jetzt, da gesellschaftlich spürbar wird, dass Populismus wieder salonfähig geworden ist und „gefühlt Wahrheiten“ als vermeintliche Argumente in politischen Debatten eingebracht werden, ist das Nachdenken über Emotionen im Kontext politischer Bildung zur Notwendigkeit geworden. Die Debatte darum hat gerade erst richtig Fahrt aufgenommen. Auf dem 14. Bundeskongress Politische Bildung im März 2019 nahm sich die deutsche Szene der Thematik an und die bpb leistet mit einem Sammelband in ihrer Schriftenreihe einen Beitrag dazu, die Diskussion weiter voranzutreiben (Besand/Overwien/Zorn 2019). Denn die politische Bildung muss in dieser Hinsicht dringend ihre hausgemachte Komfortzone verlassen.

3. An wen richten sich Angebote der politischen Bildung?

In der heterogenen, transnationalen Migrationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts gibt es immer neue Zielgruppen, Milieus und Communities, die in den Blick geraten – und die politische Bildung im Blick hat. Auch wenn Deutschland augenblicklich eine re-polisierte Gesellschaft erlebt, ist ein Phänomen der Politikmüdigkeit erhalten geblieben und hat sich sogar noch deutlich verstärkt: Die praktische Politik, ihre als un durchschaubar empfundene Komplexität der Machtinteressen und die handelnden Politikerinnen und Politiker selbst haben keinen guten Ruf. Vielfach gibt es heftige, auch irrationale Affekte gegen alles „Politische“. Skepsis und Ablehnung sind weit verbreitet in allen Bevölkerungsteilen und Altersgruppen. Es wird deutlich, dass viele Menschen zu Empathie und Perspektivenwechsel nicht in der Lage oder nicht mehr bereit sind. Diese Personen zu erreichen und die richtigen Angebote für sie zu entwickeln, ist wohl die schwierigste Aufgabe der politischen Bildung.

Politische Bildung findet freiwillig und entlang biografischer Bedürfnisse statt, nicht aufgrund missionarischer Eindringlichkeit. Politische Bildung ist – außer in der Schule – darauf angewiesen, dass Menschen offen für ihre Angebote sind. Noch immer sind viele Träger politischer Bildung, und hier ist die bpB mit eingeschlossen, in weiten Teilen auf eine ‚Komm-Struktur‘ eingerichtet. Wer Interesse hat, Eigeninitiative zeigt und weiß, wo er oder sie suchen muss, findet ein vielfältiges Angebot an politischen Informations- und Bildungsmöglichkeiten. Das reicht jedoch nicht aus, der intrinsische Antrieb sich für politische Bildung zu begeistern ist nicht bei allen Teilen der Bevölkerung gegeben. Was die genauen Ursachen für den „Verdruss“ sind, der die nötige Eigeninitiative verhindert, diese Frage beschäftigt politische Bildnerinnen und Bildner schon seit geraumer Zeit. Klar ist: Es reicht nicht, die Notwendigkeit politischer Wachsamkeit und Teilhabe zu beteuern, denn rationale Argumente scheinen an ihre Grenzen zu stoßen. Hier eröffnet sich ein Terrain, auf dem unter anderem Haltungen, Einstellungen und emotionale Befindlichkeiten eine Rolle spielen – Faktoren, deren Berücksichtigung noch immer nicht unbedingt zu den bevorzugten didaktischen Werkzeugen politisch Bildender gehören.

Ein Lösungsansatz für dieses Dilemma, die Re-Politisierung bei gleichzeitiger Abneigung der Politik, ist die Verortung des Politischen im Alltäglichen. Politische Bildung muss deutlicher machen, welche Rolle Politik im Leben jedes Einzelnen spielt. Exemplarisch sei hier das Thema Europa genannt, das nicht nur die bpB, sondern eigentlich alle Europäerinnen und Europäer im ersten Halbjahr 2019 intensiv beschäftigte. Welche Rolle spielt die EU im lokalen Kontext, wie kommt „Lieschen Müller“ mit der Arbeit der Institutionen in Brüssel und Straßburg in Verbindung? Und was verändert sich nach der Wahl? Politische Bildung muss erklären wie sie zu verstehen, zu beurteilen und zu beeinflussen ist. Sie muss dafür an vorhandenes Interesse anknüpfen, lebensweltliche Themen mit politischer Dimension aufgreifen. Es ist nicht nur die „schöne Verpackung“, die politische Bildung den Antipolitischen, den scheinbar Desinteressierten und Politikfernen näherbringt. Es sind Angebote, die bei den unausgesprochenen politischen Interessen der Adressatinnen und Adressaten ansetzen, deren Vorbehalte und Skepsis ernst nehmen und deren lebenspraktische Fragen als politische Fragen dechiffrieren. Es geht darum, den politischen Kern sozialer Fragen aufzudecken und so zugleich Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dies setzt voraus, dass politische Bildung noch häufiger als bisher die Perspektive wechselt: Nicht die eigene Fachlichkeit ist das Maß aller Dinge, sondern der Standpunkt der Adressatinnen und Adressaten.

4. Diversifizierte Zielgruppen erreichen

Um die Perspektive der Adressatinnen und Adressaten berücksichtigen zu können, muss man sie kennen. Das aber wird angesichts einer fortschreitenden Diversifizierung von sozialen Gruppierungen und individualisierter Lebensweisen schwieriger. Gerade die politische Bildung hat lange milieuspezifisch gedacht und gearbeitet. Die plurale Landschaft der Anbieter ist geprägt von unterschiedlichen Traditionen, politischen Ausrichtungen und Spezialisierungen auf verschiedene Zielgruppen. Aber die

Gesellschaft differenziert sich immer weiter aus – grobe Einteilungen in Migrantinnen und Migranten, Jugendliche oder Sozialmilieus funktionieren schon lange nicht mehr. Die Werbung für politische Bildung und die Angebote selbst müssen immer genauer zugeschnitten sein, um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Hierfür gibt es seit einiger Zeit Suchbewegungen, Experimente und Modelle innovativer Kommunikations- und Bildungsformate. Diese finden aber noch immer auf unsicherem Terrain statt. Deshalb sind weiterhin intensive Bemühungen und Erkenntnisse über die Adressatinnen und Adressaten politischer Bildung nötig. Konkret heißt das: Wissenschaftliche Erkenntnisse, systematische Marktforschung, Evaluation. Mehr Wissensallianzen werden gebraucht, um die Grenzen der bisherigen Erforschung der Praxis politischer Bildung zu überschreiten. Erkenntnisse aus der Sozial-, Jugend- und Marktforschung, Denkmodelle aus angrenzenden Bildungsbereichen, aus Sozial- und Kulturarbeit oder Marketing können die politische Bildung befruchten. Aufbauend auf den Erkenntnissen über die diversen Zielgruppen müssen niedrigschwellige, auch „aufsuchende“ Zugangsmöglichkeiten geschaffen werden. Dies gelingt am besten in Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Personen, die das Vertrauen der Zielgruppe besitzen oder Interessen ansprechen, die die Lebenswelt unmittelbar betreffen.

Politische Bildung funktioniert mit ohnehin bereits politisch Interessierten und formal höher Gebildeten am besten. Von ihnen gibt es in Deutschland nach wie vor viele. Hier können die Vermittelnden gar nicht genug tun. Die Stärkung politikinteressierter Bürgerinnen und Bürger ist eine zentrale Aufgabe politischer Bildung. Sie stehen für eine plurale politische Bildung, die sich auf die Ambiguitäten eines Bildungsprozesses einlässt. In einer Zeit, in der „Vereinfacher“ und Nationalisten Wurführer sind, muss politische Bildung die Resilienz der Mitte gegen extremistische und populistische Verführungen stärken. Die Botschaft lautet: Die institutionellen Einrichtungen wie auch die freien Träger stärken die Zivilgesellschaft. Sie sind an der Seite derer, die sich in diesem freiheitlichen Rechtsstaat engagieren. Sie stärken das Bewusstsein für demokratische Aushandlungsprozesse in einem anstrengenden politischen System. Es lohnt sich zu streiten und für die Demokratie einzutreten. Denn es nutzt allen und grenzt niemanden aus.

5. Erwachsenenbildung und neue Formate der nicht-institutionalisierten Bildung

Während die institutionalisierte Bildung im Kindes- und Jugendalter noch gut funktioniert und Schülerinnen und Schüler relativ zuverlässig über gut ausgebildetes Lehrpersonal zu erreichen sind, gibt es im Erwachsenenalter nur noch wenige wirkliche Strukturen für die Vermittlung von politischer Bildung. Aktuell ist die deutsche Bundeswehr die einzige Institution, die politische Bildung als Pflichtaufgabe betrachtet und dies sogar in einem Leitbild schriftlich festgehalten hat (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2007). Und gerade die Generation zwischen Studium und Rentenalter ist diejenige, die für die politische Bildung am schwersten zu erreichen ist, da in dieser Phase des Lebens oftmals andere Prioritäten gesetzt werden.

Es ist eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung, neue Formen und Formate für diejenigen zu finden, denen der Zugang über die „klassischen“ Angebote nicht gelingt. Im Zentrum muss dabei nicht nur die Auflösung der traditionellen „Komm-Struktur“ stehen, die politisch Bildenden müssen sich darüber hinaus auch ernsthaft um ein Verständnis derjenigen bemühen, die sich nicht am politischen Diskurs beteiligen und Politik als abstrakt und fern ihrer Lebenswelt wahrnehmen.

Dazu gehört auch, an unkonventionellen Orten in den Dialog zu treten. Dies mag einerseits den öffentlichen Raum betreffen, wo sich Mitarbeitende der bpb und der Landeszentralen für politische Bildung mit dem analogen Wahl-O-Mat auch in die Fußgängerzone auf den Wochenmarkt stellen, um mit den Personen direkt ins Gespräch zu kommen. Aber es sind vor allem die sozialen Medien, die zwar kritisch und mit Abstand zu betrachten sind, aber für viele Menschen doch bevorzugter Kommunikations- und Bildungsraum sind. Bereits im Jahr 2016 konstatierte der Reuters Digital News Report, dass soziale Netzwerke wie YouTube, Twitter und Facebook erstmals bei Internetnutzern die gedruckte Zeitung als regelmäßige Informationsquelle überholt hätten (vgl. Schmidt 2016; Reuters Institute for the Study of Journalism 2019). Seit dem gleichen Jahr wird aber auch verstärkt von „sozialen Blasen“ gesprochen. Hierbei handelt es sich nicht wirklich um ein neues Phänomen; schon früher haben sich die meisten Menschen nicht umfassend aus unterschiedlichen Zeitungen oder Publikationen informiert, sondern Wahrheiten entsprechend ihrer sozialen Prägung konsumiert. Aber immer wieder ist festzustellen, dass die Algorithmen von Facebook und Co. das Verlassen der einmal geschaffenen Lebensrealität zunehmend erschweren. Gleichzeitig ist der Umgangston im Internet rauer geworden. Anonymität ist Segen und Fluch zugleich, und auch die Möglichkeit, nicht länger passiver Empfänger von Nachrichten zu sein, sondern „zurücksenden“ zu können, wird nicht immer konstruktiv wahrgenommen.

Politische Bildung wird das Netz nicht den „Hatern“, den Verfassern von Hasskommentaren, überlassen, sondern versteht sich als „digitale Meinungsermöglichung“: Internet und Social Media müssen als öffentliche Räume des kontroversen Dialogs und der demokratischen Meinungsbildung erhalten bleiben. Es geht um die Stärkung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Argumentationen im Netz. Die Debatten sind von selektiven Wahrnehmungsmustern zu entkoppeln. Es geht um den Einsatz, auch aus der eigenen „Filterblase“ heraus in die Diskursräume und den Dialog zu treten – im Netz und vor Ort, in Veranstaltungen in der Kirchengemeinde, im Sportverein oder auf dem Dorfplatz.

Ein wichtiger Baustein auf diesem Weg ist die Zusammenarbeit und Vernetzung mit Personen, die in den anvisierten Zielgruppen Glaubwürdigkeit besitzen. Selbstverständlich darf dies nicht auf Kosten der Inhalte gehen. Die Maßstäbe, die pädagogisch und bildnerisch Tätige gesetzt haben, dürfen nicht zu Gunsten schneller Klicks und „Likes“ verworfen werden. Dennoch ist es richtig und wichtig, auch unkonventionelle Wege zu gehen und Neues auszuprobieren. In der Zusammenarbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, aber auch in der Auswahl von Themen oder Zugängen tut gelegentlich etwas mehr Experimentierfreudigkeit gut. Politisch kulturelle

Bildung ist nur ein Beispiel, wo Synergien verschiedener Professionen zum Ziel führen können.

So ist beispielsweise zu beobachten, das politische und gesellschaftliche Konflikte und Debatten seit einigen Jahren kulturalisiert, also entlang (vermeintlich) kultureller Trennlinien geführt und mit dergleichen Zuordnungen aufgeladen werden. Emotionalität, wie sie ja auch schon zu Beginn dieses Textes thematisiert wurde, aber auch die identitätspolitische Aufladung sozialer und gesellschaftlicher Fragen erhalten so neue Sprengkraft und sind häufig nicht mittels vernünftiger Argumentationen aufzulösen. Gleichzeitig politisieren sich Kulturakteure und Akteure der kulturellen Bildung verstärkt, fassen in ihren Arbeiten gesellschaftspolitische Themen an, wollen gar selbst politisch bilden und suchen immer häufiger nach geeigneten Kooperationspartnern aus dem Feld der politischen Bildung. Die bpb testet in ihren Projekten und Kooperationen, welche kulturellen methodischen Zugänge (bspw. theater- wie filmpädagogisch, literarisch, philosophisch, museal usw.) das Methodenrepertoire klassischer politischer-Bildungssettings erweitern und bereichern können.

Am Ende muss es gelingen, den Bezug zur realen Lebenswelt der anvisierten Zielgruppen zu schaffen. Metadiskurse sind richtig und wichtig, aber um erfolgreiche politische Bildung zu betreiben, muss dieselbe ihren wissenschaftlichen Elfenbeinturm verlassen.

6. Schlussbetrachtungen und Fazit

Politische und ökonomische Bildung schließen sich nicht aus, sondern sind viel mehr zwei Seiten einer Medaille. Selbstverständlich müssen Schülerinnen und Schüler sowie Erwachsene fit gemacht werden, um den Anforderungen der globalisierten Arbeitswelt gerecht zu werden. Gleichzeitig darf darunter aber nicht die Vermittlung „weicherer“, schwieriger zu fassender Inhalte wie Wertekonstrukte, das Gefühl für die eigene Rolle in der Gesellschaft und die Aufklärung über die politische Dimension im Alltag verloren gehen. Wenn Menschen das Gefühl haben, „Politik“ sei lediglich das, was in fernen Orten passiert, entsteht schnell ein Gefühl von Ohnmacht und Ausschluss. Politischer Bildung muss es gelingen, den Transfer zwischen der Arbeit gewählter Politikerinnen und Politiker und dem persönlichen Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger herzustellen. Ob in der Schule, im Sportverein, in der Nachbarschaft oder als Zivilcourage auf der Straße: alle Menschen sind politisch. Mit den Angeboten der politischen Bildung sollen Räume eröffnet werden, in denen der eigene Wirkrahmen sichtbar wird, in denen demokratische Prozesse erprobt und besprochen werden.

Mit einer immer stärkeren Akzeptanz politischer Bildungsarbeit sowohl auf politischer als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene geht die Verpflichtung einher, mutig, innovativ und kreativ zu sein. Dazu gehört, viel stärker aus altbewährten Schneckenhäusern heraus zu kommen, um anderen Interpretationen und Lebensentwürfen überhaupt Raum zu geben. Miteinander reden lautet hier das Stichwort, ehrlich und offen aufeinander zugehen und den Kontakt suchen. Ganze Gruppen aus Debatten herauszulassen darf niemals eine Lösung sein.

Und zu guter Letzt: Politische Bildung darf sich nicht klein machen. Sie ist als Profession notwendiger denn je. Da sind die Akteure jeden Tag gefordert. Demokratie als Staatsform lebt von der Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger und nur, wenn diese im Sinne des „Homo Politicus“ mündige Staatsbürger sind, kann sich eine rege Zivilgesellschaft entwickeln. Es hilft, sich diese Erkenntnis vor Augen zu führen. Aber sie muss auch nach außen transportiert werden.

Literatur

- Becker, Thomas A. (2019): Zunehmende Komplexität bringt das System der Demokratie an seine Grenzen. In: Neue Zürcher Zeitung www.nzz.ch/meinung/demokratie-am-anenschlag-ld.1453215 [21.03.2019].
- Besand, Anja/Overwien, Bernd/Zorn, Peter (Hrsg.) (2019): Politische Bildung mit Gefühl. Bonn.
- Bundesministerium der Verteidigung (2007): Zentrale Dienstvorschrift A-2620/1: Politische Bildung in der Bundeswehr. www.innerefuehrung.bundeswehr.de/ [18.03.2019].
- Negt, Oskar (2004): Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen. In: Hufer, Klaus Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke (Hrsg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts, 194–213.
- Reuters Institute for the Study of Journalism, University of Oxford (2019): Digital News Report. www.digitalnewsreport.org/ [18.03.2019]
- Stöcker, Christian (2019): Emotion bringt Reichweite? Bedeutung von Emotionen in Sozialen Medien, Emotionalisierung durch Soziale Medien. In: Besand, Anja/Overwien, Bernd/Zorn, Peter (Hrsg.) (2019): Politische Bildung mit Gefühl. Bonn, 106–120.
- Wehling, Hans-Georg (1977): Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart, 173–184.